

Anderes erreicht werden kann, als mit dem Antrage der Abtheilung.

Anknüpfend an die Bemerkungen meines Freundes, des Herrn Abg. Adermann, muß ich nun aber ganz ausdrücklich noch einmal erklären, daß meine politischen Freunde und ich weit entfernt davon sind, die Anschauungen zu theilen, von denen aus der Herr Abg. Liebknecht ebenfalls den Antrag der Abtheilung empfiehlt.

Wenn der Herr Abg. Liebknecht hier von Advocaten diaboli spricht, wenn er meinte, das Vorgehen der Polizei in Chemnitz sei scandalös gewesen; wenn er weiter erklärte, der Absolutismus sei in naher Aussicht, so vermag ich auf Grund dieser Deductionen allerdings keineswegs zu demselben Antrag zu kommen, wie der Herr Abg. Liebknecht, und ich verwahre mich ganz ausdrücklich dagegen, daß, wenn ich heute mit dem Herrn Abg. Liebknecht in der Annahme des Antrags der Deputation übereinstimme, ich etwa irgendwie bezüchtigt werden könnte, daß ich mit den Anschauungen des Herrn Abg. Liebknecht, (Große Heiterkeit)

wie er sie uns heute hier vorgehalten hat, einverstanden mich erklärt hätte.

Abg. Liebknecht: Ich glaube, der Herr Abg. Günther brauchte hier nicht ein Glaubensbekenntniß abzulegen. Es wird ihn Niemand für einen Socialdemokraten gehalten haben oder je halten.

(Heiterkeit.)

Was des Herrn Abg. Dr. Stephani's Ausführungen betrifft, so sind sie schon genügend als etwas zu subtil gekennzeichnet worden. Ich muß ihm aber doch Eins bemerken. Er kann keinen Zusammenhang entdecken zwischen den Vorgängen des 6. September und der Wahl. Nun, meine Herren, daß man den Candidaten 3 Tage vor der Wahl verhaftete, das ganze Wahlcomité verhaftete, d. h. Diejenigen, von denen man vermuthete, daß sie das Comité bildeten, wenn das nicht im Zusammenhang mit der Wahl steht, dann weiß ich überhaupt nicht, wo und was ein Zusammenhang sein soll.

Und jetzt habe ich eine gegen mich gerichtete Richtigstellung richtig zu stellen: einige Bemerkungen des Herrn Staatsministers von Kostitz-Wallwitz. Ich behauptete vorhin, das Socialistengesetz hebe nicht die Freiheit der Wahl auf, beraube die Socialdemokraten nicht des Rechts, socialdemokratische Wählerversammlungen abzuhalten, und gebe an sich keinen Grund zum Verbot von Wählerversammlungen. Darauf hat mir der Herr Staatsminister entgegnet, daß ein Antrag aus der Mitte des Reichstags, der ausdrücklich dieses Recht, Wählerversammlungen bei den Wahlen zu halten, forderte, vom Reichstag abgelehnt worden sei. Das ist richtig. Ich bin selbst bei jenen Debatten zugegen gewesen und

habe mich einigermaßen darüber gewundert, daß der Reichstag dies that. Aber, meine Herren, es ist in jener Debatte von Vertretern Derjenigen, die gegen den Antrag stimmten, ausdrücklich erklärt worden, daß sie es als selbstverständlich hielten, daß das Wahlrecht den Socialdemokraten nicht genommen sei und daß das Socialistengesetz loyal auch so ausgeführt werde, wie es seinem Wortlaute nach gemeint sei, nämlich daß es sich nicht gegen berechnete Bestrebungen der Socialdemokraten, nicht gegen die socialdemokratischen Gesinnungen und Principien, nicht gegen das socialdemokratische Glaubensbekenntniß, nicht gegen socialdemokratische Bestrebungen als solche richte, sondern bloß gegen „gemeingefährliche Ausschreitungen“. Nun glaube ich nicht, daß man vom Ministertische mir den Nachweis liefern wird, daß die Ausübung des Wahlrechtes eine „gemeingefährliche Bestrebung“ sei. Das Wahlrecht knüpft sich an unser Staatsbürgerthum, ist unser vornehmstes Staatsbürgerrecht. Jeder von uns hat dieses Recht und Jeder von uns hat die Pflicht, dieses Recht auszuüben, und so lange die Socialdemokratie nicht vollständig außerhalb der Staatsgemeinschaft und des staatsbürgerlichen Rechtes gestellt ist, hat man auch nicht das Recht, ihr die Ausübung des Wahlrechtes zu verkümmern. Und eine Verkümmern dieses Rechtes, eine meiner Ueberzeugung nach durchaus ungerechtfertigte Auslegung des Socialistengesetzes wäre es, wenn man den socialdemokratischen Wählern die Wahlversammlungen verbietet.

Ferner hat der Herr Staatsminister es als ein Mißverständnis seiner Aeußerungen hingestellt, daß ich gesagt habe, er habe vor einigen Tagen die Reaction in Aussicht gestellt. Es ist dies kein Mißverständnis, welches von mir begangen worden ist, es ist bloß eine Verschiedenheit der Auffassung zwischen mir und dem Herrn Staatsminister. Die Aeußerung des Herrn Staatsministers, wie er sie jetzt erklärt hat, ging dahin: Wenn die Socialdemokratie weitere Fortschritte macht und nur dann werden oder können wir zum Absolutismus kommen. Der Herr Staatsminister hält es nicht für möglich, daß die Socialdemokratie sich weiter entwickle, und mit dieser Voraussetzung, meine Herren, muß der Herr Staatsminister allerdings zu der Schlußfolgerung kommen, daß der Absolutismus auch nicht nöthig sein werde. Ich habe aber eine andere Meinung von dem Gang der Dinge. Ich glaube, daß die Politik, welche man gegen uns befolgt, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse von Deutschland in ihrer ganzen ungesunden Entwicklung, daß die Krisis, in der wir uns jetzt befinden, der Militarismus, der stets wachsende Steuerdruck, die Zunahme der Verarmung, der Nothstand, der überall herrscht: in Schlesien, im Erzgebirge, im Voigtland — das ökonomische Chaos, in dem wir uns be-